



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU

Spitzengespräch zur Ausbildungssituation in Baden-Württemberg

Ausbildungsbilanz 2017 des „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2015 – 2018“
vorgelegt am 14. Mai 2018

Stabiler Ausbildungsmarkt 2017

Im Jahr 2017 nahm die Zahl der neuen Ausbildungsverträge leicht zu: 74.655 neue Ausbildungsverträge zum 30. September bedeuten ein Plus von 0,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Ausbildungsmarkt ist weiterhin geprägt durch eine einerseits hohe Zahl von bei den Agenturen bzw. Jobcentern gemeldeten Bewerbern¹, die nicht den gewünschten Ausbildungsplatz gefunden haben (unversorgte 978, - 2,8 %; alternativ Verbliebene: 8.577, + 0,8 %), und andererseits einer steigenden Zahl von gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen (7.659, + 6,8%).

Aus der Addition von neuen Ausbildungsverträgen und nicht in Ausbildung eingemündeten Jugendlichen ergibt sich mit 107.434 Jugendlichen ein weiterhin großes Interesse an dualer Ausbildung.

Neues Landeskonzept zur Beruflichen Orientierung für die allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg

Die Partner des Ausbildungsbündnisses haben vereinbart, die Berufliche Orientierung an allen allgemein bildenden Schulen weiterzuentwickeln. Land und Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit haben deshalb mit Unterstützung der Steuerungsgruppe des Ausbildungsbündnisses ein neues Landeskonzept zur Beruflichen Orientierung erarbeitet, das am Rande des Spitzengesprächs am 14. Mai 2018 unterzeichnet wurde.

Ziel des Landeskonzepts Berufliche Orientierung ist es, den Jugendlichen ein möglichst vielfältiges, hochwertiges und nicht von einseitigen Interessen geleitetes Unterstützungsangebot in ihrem Prozess der Beruflichen Orientierung zu machen.

Wichtig ist, dass die Angebote sinnvoll ineinander greifen und systematisch

¹ Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird die gewohnte männliche Sprachform bei personenbezogenen Substantiven und Pronomen verwendet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral zu verstehen sein.

aufeinander aufbauen. Die jungen Menschen sollen erkennen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige Möglichkeiten sind, die eigene Berufsbiografie zu gestalten.

Das Landeskonzept gibt einen Überblick über die Angebote der Beruflichen Orientierung. Es soll dabei helfen, die Berufliche Orientierung in Baden-Württemberg so effektiv und zielgerichtet wie möglich zu gestalten und die Zusammenarbeit der Beteiligten zu erleichtern. Dabei ist es das Ziel, dass die Jugendlichen möglichst frühzeitig für sich erkennen, „Was will ich und was kann ich?“. Sie müssen in die Lage versetzt werden, für sich herauszufiltern, welche beruflichen Karrierewege für sie in Betracht kommen und wie die weiteren Schritte für sie aussehen.

In zwölf Stadt- und Landkreisen ist erstmalig exemplarisch eine Untersuchung durchgeführt worden, um transparent zu machen, wo die Schulabgänger der Haupt-, Werkreal- und Realschulen nach der Schule verbleiben. Das Ergebnis zum Schuljahresende 2016/2017: 28 Prozent der Schulabgänger gehen direkt in eine Berufsausbildung über. Die Bündnispartner wünschen sich eine höhere Quote für den direkten Übergang von der Schule in Ausbildung. Hierbei kommt der Umsetzung des neuen Landeskonzeptes und den Maßnahmen der einzelnen Bündnispartner eine wichtige Rolle zu.

Geflüchtete erfolgreich in Ausbildung integriert

2.387 Auszubildende, die aus den acht Hauptasylherkunftsländern plus Gambia stammen, haben im Ausbildungsjahr 2017 einen neuen Ausbildungsvertrag unterzeichnet (Stichtag 31.12.2017, Vorjahr: 868).² Damit stellen die Auszubildenden aus den genannten Staaten über drei Prozent aller Neuverträge und bilden somit ein wertvolles Potenzial für den Fachkräftenachwuchs. Sie verteilen sich auf 128 Ausbildungsberufe. Am häufigsten gewählte Berufe sind insbesondere solche, in denen die Betriebe großen Nachwuchsbedarf haben, u.a. Bäcker/in, Koch/Köchin, Maler/Lackierer/in, Maurer/in, Anlagenmechaniker/in SHK und Fachlagerist/in.

Die Bündnispartner werten diese Entwicklung auch als Erfolg der Maßnahmen, die sie in ihrer gemeinsamen Erklärung „Integration durch berufliche Ausbildung – Perspektiven für Flüchtlinge“ vom 11. November 2015 vereinbart haben.

² Die acht Hauptasylherkunftsstaaten sind Afghanistan, Syrien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Eritrea und Somalia. Exakte Angaben zu Flüchtlingen in Ausbildung sind nicht möglich. Wer von den bei den IHKn und Handwerkskammern zum 31.12.2017 eingetragenen Auszubildenden aus den acht Herkunftsstaaten plus Gambia tatsächlich geflüchtet ist und wie viele Flüchtlinge aus anderen Ländern ebenfalls eine Ausbildung begonnen haben, lässt sich aus den vorliegenden Daten nicht ermitteln. Auch fehlen Angaben der kleineren Ausbildungsbereiche Freie Berufe, Landwirtschaft und Öffentlicher Dienst.

Kennzahlen 2017 gemäß dem Kriterienkatalog des Ausbildungsbündnisses

Stichtag 30.9.2017

	2016	2017	Veränderung
Kammerstatistik (BIBB):			
Neue Ausbildungsverträge	73.989	74.655	0,9%
Statistik der Bundesagentur für Arbeit:			
Gemeldete Bewerber	65.606	67.401	2,7%
davon			
Bewerber mit Fluchtkontext[1]	1.345	3.566	165,1%
Altbewerber[2]	24.036	25.620	6,6%
Einmündungen in duale Ausbildung	33.407	34.622	3,6%
Nichteinmündungen	32.199	32.779	1,8%
davon			
unversorgt	1.006	978	-2,8%
alternativ verblieben[3]	8.512	8.577	0,8%
unbekannt verblieben	8.774	9.367	6,8%
sonstiger Verbleib (zB schulische Bildungsgänge)	9.535	8.780	-7,9%
Einmündungen in Erwerbstätigkeit	4.372	5.077	16,1%
Gemeldete Ausbildungsplätze	78.553	79.120	0,7%
davon unbesetzt	7.168	7.659	6,8%
Mischung Kammer- und BA-Statistik			
Ausbildungsinteressierte	106.188	107.434	1,2%
Neue Verträge + nicht eingemündete Bewerber	69,7%	69,5%	
davon eingemündet in Berufsausbildung			
Schulstatistik (Statistisches Bundesamt)			
Jugendliche in schulischen Bildungsgängen ohne berufsqualifizierenden Abschluss oder weiterführenden Schulabschluss	48.523	* 46.116	-5,0%
davon			
mit Anrechnung	23.568	22.842	-3,1%
ohne Anrechnung	24.955	23.274	-6,7%
davon VAB und BFBV**	16.877	14.737	-12,7%
davon VABO und BFBVO**	11.134	7.385	-33,7%
* vorläufiger Wert			
** BFBV und BFBVO sind die privaten Formen des VAB und VABO			
Defizit Unterrichtsversorgung			
an beruflichen Schulen insgesamt	1,7%	1,8%	
an Berufsschulen (Teilzeit)	5,7%	5,9%	
an beruflichen Vollzeitschulen	0,0%	0,1%	

Nachrichtliche Ausweisung weiterer Kennzahlen:

Statistisches Landesamt

Anfängerzahlen

Ausbildung in landesrechtlich geregelten Berufen:

Alten- / Krankenpflege

davon:

Altenpflege

Altenpflegehilfe

Gesundheits- und Krankenpflege

Gesundheits- und Kinderkrankenpflege

Gesundheits- und Krankenpflegehilfe

Integrierte Pflegeausbildung

Erzieherinnen / Erzieher

davon PiA

Duales Studium

Auszubildende mit (Fach-) Hochschulreife

Kammerstatistik (IHK und HWK) zum 31.12.2017:

Auszubildende aus Syrien

Auszubildende aus Iran

Auszubildende aus Irak

Auszubildende aus Afghanistan

Auszubildende Eritrea

Auszubildende aus Nigeria

Auszubildende aus Pakistan

Auszubildende aus Somalia

Auszubildende aus Gambia

ergänzend:

Teilzeitausbildung (Auszubildende gesamt) *

Jugendarbeitslosigkeit in %

	2016	2017	Veränderung
Alten- / Krankenpflege	8.722	9.035	3,6%
davon:			
Altenpflege	3.503	3.625	3,5%
Altenpflegehilfe	1.429	1.704	19,2%
Gesundheits- und Krankenpflege	2.889	2.726	-5,6%
Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	416	470	13,0%
Gesundheits- und Krankenpflegehilfe	459	483	5,2%
Integrierte Pflegeausbildung	26	27	3,8%
Erzieherinnen / Erzieher	4.769	4.783	0,3%
davon PiA	1.365	1.567	14,8%
Duales Studium	12.678	12.489	-1,5%
Auszubildende mit (Fach-) Hochschulreife	18.824		
Kammerstatistik (IHK und HWK) zum 31.12.2017:			
Auszubildende aus Syrien	197	637	
Auszubildende aus Iran	69	91	
Auszubildende aus Irak	90	190	
Auszubildende aus Afghanistan	154	644	
Auszubildende Eritrea	49	117	
Auszubildende aus Nigeria	51	96	
Auszubildende aus Pakistan	53	95	
Auszubildende aus Somalia	34	42	
Auszubildende aus Gambia	171	475	
ergänzend:			
Teilzeitausbildung (Auszubildende gesamt) *	932		
Jugendarbeitslosigkeit in %	2,9%	2,8%	

[1] Personen mit dem Aufenthaltsstatus "Aufenthaltslaubnis Flucht", "Aufenthalts gestattung" oder "Duldung"

[2] Altbewerber sind Bewerber, die die Schule bereits im Vorjahr oder früher verlassen haben und somit zusätzlich zum Nachfragepotential des aktuellen Schulentlassjahres eine Ausbildung aufnehmen wollen

[3] Alternativ verblieben sind Jugendliche, die zwar eine z.B. schulische Alternative gefunden haben, die aber ihren Wunsch nach einem Ausbildungsplatz weiterhin aufrechterhalten.

Ausführliche Bilanzierung und Bewertung des Ausbildungsjahres 2017

Beim Spitzengespräch am 14. Mai 2018 haben die Bündnispartner auf Grundlage der im Bündnis gemeinsam vereinbarten Verfahren und Kriterien nachfolgende Bilanz und Bewertung des Ausbildungsjahres 2017 vorgelegt:

Bilanz:

Die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** ist 2017 gegenüber 2016 mit einem Zuwachs von 669 Verträgen auf 74.665 um knapp ein Prozent gestiegen.

Bewertung:

In der aktuell guten Wirtschaftslage wurde die Zahl der Ausbildungsverträge stabil gehalten. Die Bündnispartner streben durch eine bessere Ausschöpfung aller Ausbildungspotentiale - sowohl auf Seiten der Betriebe als auch auf Seiten der jungen Menschen - weiterhin eine Steigerung an. Dies gilt für die Potenziale von chancenärmeren Jugendlichen ebenso wie für die Karriereoptionen von Jugendlichen mit mittlerem Bildungsabschluss oder mit (Fach-)Hochschulreife.

Mit mehr als 107.000 grundsätzlich an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen (neue Verträge plus nicht in Berufsausbildung eingemündete Bewerber) ist die Nachfrage im Bereich der dualen Ausbildung weiterhin hoch. Die Bündnispartner begrüßen die merklich erhöhte Anzahl der von den Betrieben gemeldeten Ausbildungsplätze und werden sich weiter dafür einsetzen, dass möglichst viele Ausbildungsangebote bei den Arbeitsagenturen gemeldet werden.

Bilanz:

Die Zahl der **unbesetzten Ausbildungsstellen** ist von 7.168 in 2016 angestiegen auf 7.669 in 2017.

Bewertung:

Angesichts einer wachsenden Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze sollen mehr Jugendliche für eine duale Ausbildung gewonnen werden. In Branchen mit vielen offenen Ausbildungsstellen wie Hotel und Gastgewerbe, Einzelhandel, Bauhauptgewerbe oder Nahrungsmittelhandwerk muss auch eine Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung und der Ausbildungsqualität einen Beitrag leisten. Das Interesse der Jugendlichen an diesen Berufen soll durch frühzeitige gezielte Berufsorientierungsmaßnahmen und gezielte betriebliche Praktika gesteigert werden.

Bilanz:

Die Zahl der **unversorgten Bewerber** zum 30. September ist 2017 mit 978 leicht gesunken (2016: 1.006).

Bewertung:

Die Bündnispartner werden sich mit gemeinsamen Anstrengungen bemühen, die Zahl der unversorgten Jugendlichen möglichst gering zu halten. Sie haben in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 20. November 2017 eigene Aktivitäten insbesondere für die Zielgruppe der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss vereinbart. Die Verbände und Kammern der Wirtschaft setzen sich dafür ein, gerade auch chancenärmeren Jugendlichen vermehrt den Einstieg in eine Ausbildung unter Nutzung des gesamten Berufespektrums zu ermöglichen. Die Bundesagentur für Arbeit stellt ihre Instrumente zur Unterstützung von Auszubildenden und Auszubildenden wie die Assistierte Ausbildung (AsA) oder die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) bedarfsgerecht zur Verfügung. Die Schulen stellen im Rahmen ihres umfassenden Bildungsauftrags sicher, dass alle Schulabgänger für eine Ausbildung gut vorbereitet sind.

Bilanz:

Die Zahl der **alternativ verbliebenen Bewerber** ist 2017 mit 8.577 gegenüber 8.512 in 2016 leicht angestiegen.

Bewertung:

Trotz ihres bei den Agenturen bzw. Jobcentern registrierten Ausbildungswunsches mündeten auch im Jahr 2016 eine wachsende Zahl an Jugendlichen in eine Alternative (z.B. weiterer Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, Bundesfreiwilligendienst) ein oder verbleiben darin, anstatt direkt eine duale Ausbildung zu beginnen. Die Bündnispartner stellt diese Entwicklung nicht zufrieden. Sie werden sich durch Maßnahmen der Berufsorientierung und entsprechende Beratungsangebote für ein breiteres Berufswahlspektrum bei den Jugendlichen einsetzen. Durch eine Stärkung von Zusatzqualifikationen während der Ausbildung werden die Bündnispartner die duale Ausbildung für Leistungsstärkere attraktiver machen und sich für mehr direkte Einmündungen in Ausbildung engagieren. Durch eine noch engere Kooperation von Schule, Betrieb und Berufsberatung insbesondere an den Haupt- und Werkrealschulen soll der direkte Übergang in duale Ausbildung ausgebaut werden.

Bilanz:

Die Zahl der **unbekannt verbliebenen Bewerber** ist mit 9.367 in 2017 gegenüber 8.774 in 2016 angestiegen.

Bewertung:

Es bleibt ein ehrgeiziges Ziel, die Zahl der unbekannt verbliebenen Bewerber auf 5.000 bis zum Jahre 2018 zu reduzieren.

Schulen und Berufsberatung werden auf lokaler Ebene insbesondere in den Haupt-/Werkrealschulen eine noch bessere Transparenz über den Verbleib aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger herstellen, um frühzeitig mit geeigneten Handlungsansätzen reagieren zu können (vgl. [Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit Schule-Berufsberatung](#) vom Mai 2018). Besonders erfolgreiche Vorgehensweisen können damit schneller identifiziert werden.

Zudem werden sich die Bündnispartner insbesondere in den Modellregionen dafür einsetzen, geeignete Instrumente weiterzuentwickeln, um die Transparenz über den Verbleib von Jugendlichen im Übergangsbereich zu erhöhen.

Bilanz:

Die Zahl der gemeldeten **Bewerber, die in eine duale Ausbildung eingemündet sind**, ist von 33.407 (2016) gestiegen auf 34.622 (2017).

Bewertung:

Der Anstieg ist erfreulich. Trotzdem ist der Anteil der gemeldeten Jugendlichen, die direkt in eine duale Ausbildung einmünden, noch steigerungsfähig. Die Bündnispartner werden sich u.a. durch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung und zur Ausschöpfung der Potentiale benachteiligter Jugendlicher für mehr direkte Einmündungen in Ausbildung einsetzen. Das Bündnis hat am 20. November 2017 ein Papier mit konkreten Maßnahmen vereinbart.

Bilanz:

Die Zahl der gemeldeten **Altbewerber** ist von 24.036 (2016) gestiegen auf 25.620 (2017).

Bewertung:

Um ein größtmögliches Potenzial für Ausbildung zu erschließen, werden die Bündnispartner mit geeigneten Instrumenten versuchen, die Zielgruppe der Altbewerber individuell noch besser anzusprechen.

Bilanz:

Die Zahl der gemeldeten **Bewerber, die in Erwerbstätigkeit eingemündet sind**, ist von 4.372 (2016) auf 5.077 (2017) gestiegen.

Bewertung:

Die Bündnispartner sehen es grundsätzlich kritisch, dass die Zahl der jungen Menschen, die direkt in Erwerbstätigkeit übergegangen sind, ansteigt. Denn ohne Berufsausbildung gehen die Jugendlichen den Betrieben als zukünftige Fachkräfte verloren und gefährden ihre eigenen Lebensperspektiven. Auf der anderen Seite schlägt sich hier auch die günstige Arbeitsmarktsituation nieder. Die Nachfrage nach Arbeit hat auch im Bereich der Helfertätigkeiten zugenommen. Hinzu kommen fluchtinduzierte Gründe wie die Notwendigkeit kurzfristig Geld zu verdienen.

Bilanz:

An den öffentlichen Berufsschulen (Teilzeit-Berufsschule, Teilzeit-Sonderberufsschule) hat sich das strukturelle **Defizit bei der Unterrichtsversorgung** von 5,7% (2016) auf 5,9% leicht erhöht.

Auch an den öffentlichen beruflichen Schulen insgesamt ist ein leichter Anstieg von 1,7% (2016) auf 1,8% zu verzeichnen.

Bewertung:

Die Unterrichtssituation wurde in den vergangenen zwei Jahren durch die Flüchtlingsintegration und durch sprachfördernde Maßnahmen stark belastet. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass das Defizit nicht stärker angestiegen ist. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung insgesamt bleibt ebenso ein vorrangiges Ziel wie die weitere Verbesserung der Versorgungswerte der Berufsschule. Dazu ist die Besetzung möglichst aller freien Lehrerstellen sowie eine nachhaltige Werbung für den Berufsschul-Lehrerberuf notwendig.

Bilanz:

Die Zahl der Jugendlichen in **schulischen Bildungsgängen ohne Berufsabschluss oder weiterführenden Schulabschluss** ist von 48.523 auf 46.116 gesunken

Bewertung:

Der Rückgang um fünf Prozent wirkt entlastend. Er resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang bei den VABO- Teilnehmern. Sofern die Zielgruppe der Zugewanderten sich noch im schulischen System befindet, sind begleitend weiterhin sprachfördernde Maßnahmen notwendig, um einen gelingenden Übergang in Ausbildung zu ermöglichen. Die Sprachförderung ist darüber hinaus im Regelfall auch während einer dualen Ausbildung fortzusetzen.

Indikatoren des Ausbildungsbündnisses

1. Eckpunktepapier zur Neugestaltung des Übergangs Schule-Beruf umsetzen

Indikator: Die Zahl der beteiligten Regionen von vier (im Jahr 2014) auf 22 (im Jahr 2018) erhöhen.

2017: 15 Regionen (2016: 12)

2. Berufliche Orientierung an allen allgemein bildenden Schulen weiterentwickeln

Indikator: Anteil der Tandems für Berufsorientierung aus Schule und Berufsberatung bis zum Jahr 2018 auf 100 Prozent erhöhen.

2017: 100 Prozent (2016: 100 Prozent)

3. Attraktive Ausbildungsangebote entwickeln und Karrierewege befördern

Indikator: Anzahl der neuen Teilnehmer am dreijährigen dualen Berufskolleg von 834 (im Jahr 2014) um 50 Prozent auf 1.250 (im Jahr 2018) erhöhen.

2017: 812 (2016: 797)

4. Jugendlichen durch einen flexiblen Einstieg die Chancen auf eine Ausbildung eröffnen

Indikatoren: Anzahl der unbekannt verbliebenen Jugendlichen in der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit von 9.786 (im Jahr 2014) auf 5.000 (im Jahr 2018) senken und

Die Anzahl der Regionen mit harmonisierten Abläufen und weitgehend abgestimmten Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsbündnisse „Jugend und Beruf“ bis Ende 2016 auf 44 erhöhen.

2017: 9.367 unbekannt Verbliebene (2016: 8.774)

42 Regionen mit Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf (2016: 36)

5. Ausbildungsbereite Betriebe in der Ausbildung unterstützen

Indikator: Für die ausbildungsbereiten Betriebe landesweit 2016 bis zu 600 Plätze für eine assistierte Ausbildung zur Verfügung stellen.

2017: 760 (2016: 724)

6. Qualität der betrieblichen Ausbildung sichern

Indikator: Die Vertragslösungsquote von 21,2 Prozent (im Jahr 2013) auf unter 20 Prozent (im Jahr 2018) senken.

2016: 22,1 Prozent (2015: 21,5 %)

7. Qualität und Erreichbarkeit der Berufsschule sichern

Indikator: Das Defizit bei der Unterrichtsversorgung an Berufsschulen in allen Regierungsbezirken von 5,6 Prozent (im Jahr 2013) auf unter 5 % senken.

2017: 5,9 Prozent (2016: 5,7 %)

8. Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung ausgestalten

Indikator: Die Anzahl berufsbegleitender Bachelorstudiengänge an staatlichen Hochschulen von 8 (im Jahr 2015) auf 16 (im Jahr 2018) verdoppeln.

2017: 10 (2016: 10)

9. An- und Ungelernten einen Berufsabschluss ermöglichen

Indikator: Den Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen ohne Berufsabschluss von 12,9 Prozent (im Jahr 2013) auf unter 12 Prozent (im Jahr 2018) senken.

2016: 13,2 Prozent (2015: 12,9 %)

10. Berufliche Bildung internationalisieren

Indikator: Die Anzahl der EU-geförderten Auslandspraktika von Auszubildenden von 1.600 (im Jahr 2013) auf 2.500 (im Jahr 2018) steigern.

2017: 2.641 (2016:1.811)

Beschluss

Die Bündnispartner und weitere Teilnehmer des Spitzengesprächs unterstützen diese Bilanz 2017 des Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2015 - 2018.

Die Bündnispartner:

Staatsministerium Baden-Württemberg
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Kultusministerium Baden-Württemberg
Sozialministerium Baden-Württemberg
Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
Baden-Württembergischer Handwerkstag
Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände
Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg
Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg
Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit
Gemeindetag Baden-Württemberg
Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg

Unterstützer:

Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V. -SÜDWESTMETALL –
Handelsverband Baden-Württemberg e.V.
Verband für Dienstleistung, Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg e.V.
DEHOGA; Hotel- und Gaststättenverband Baden-Württemberg e.V.
IG Metall Landesbezirk Baden-Württemberg
Ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg

Stuttgart, den 14. Mai 2018